

Haushaltssatzung der Stadt Ebermannstadt 2024- Rede der 1. Bürgermeisterin Christiane Meyer

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates und Vertreter der Ortsteile, verehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Pressevertreter!

Wie wird aus den unterschiedlichen, ja oft gegensätzlichen Interessen von Einzelnen und Gruppierungen das allgemeine Wohl? Diese Frage liegt der Arbeit von Stadtrat und Verwaltung fortwährend zugrunde, auch und besonders bei der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplans.

Gleich, aus welcher Quelle die Einnahmen der Gemeinde stammen, es handelt sich ja immer um das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Alles, was an Geldern ausgegeben werden soll, muss in irgendeiner Form den Bürgerinnen und Bürgern dienen. Die Sicherung der Daseinsvorsorge muss für alle geleistet werden. Den großen strukturellen Herausforderungen wie Klimawandel, demografischer Wandel, digitaler Wandel muss sich auch die kommunale Ebene im Interesse aller stellen. Der gesellschaftlichen Diskussion über den Erhalt von Natur und Umwelt, über den technologischen Fortschritt, über den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, über die Art und Weise, wie wir miteinander und übereinander reden, vor allem in den traditionellen wie in den neuen sozialen Medien – dieser Diskussion kann und darf sich die Kommune nicht entziehen. Wer immer politische Verantwortung trägt, sollte dabei den Menschen zuhören, ihnen „*aufs Maul schauen*“, wie Martin Luther sagt – aber ihnen nicht nach dem Munde reden.

In diesem Sinne ist die Kommune mit ihren Verwaltungs- und Entscheidungsorganen erster Ansprechpartner für die Sorgen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Dies gilt besonders in Zeiten globaler Krisen, humanitärer Katastrophen, schrecklicher kriegerischer Auseinandersetzungen, verstärkter Spannungen zwischen Staaten weltweit, in Phasen enormer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die unser Leben entscheidend bestimmen.

Umgekehrt ist die Kommune aber auch darauf angewiesen, dass es gelingt, die Bürgerinnen und Bürger bei Maßnahmen und Projekten „mitzunehmen“. Für möglichst viele soll klar werden, warum welche Aufgaben angepackt werden müssen, auf welchem Weg Probleme gelöst werden können, warum dabei Zugeständnisse gemacht und Unbequemlichkeiten in Kauf genommen, vielleicht sogar Opfer gebracht werden müssen. Die entstehenden Kosten müssen

nachvollziehbar sein. Vor allem aber ist der Nutzen für die Allgemeinheit plausibel darzustellen.

Der Ausbau der regenerativen Energien ist hier ein gutes Beispiel. Photovoltaik-Freiflächenanlagen oder Windräder empfinden manche als nicht hinnehmbare Veränderung unseres Landschaftsbildes und Bedrohung ihrer gewohnten Lebensweise. Für andere sind sie der Aufbruch in eine sichere und nachhaltige Energieversorgung. Die Problematik haben wir nicht selbst erfunden, sie ist uns durch die Entwicklung der Weltlage vorgegeben. **Als Kommune müssen wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger damit auseinandersetzen.**

Erstes Ziel der Kommunalpolitik sollte es sein, durch Information und Vermittlung einen möglichst weitgehenden Konsens herzustellen und Interessen so weit wie möglich auszugleichen. Letztlich aber muss am Ende jeder Debatte auch eine Abstimmung stehen; die demokratische Mehrheit entscheidet. Die Verwaltung führt dann die Beschlüsse des Rates aus, insbesondere auch, was den Einsatz der Gelder betrifft. Gerade in schwierigen Zeiten kommt es darauf an, dass dies schließlich auch von der Allgemeinheit respektiert wird, und dass wir über die Kontroversen und Gegensätze hinaus wieder zu einer Gemeinsamkeit kommen, die positive Gestaltung möglich macht. Unversöhnlichkeit, Hass und üble Nachrede dürfen unser Zusammenleben genauso wenig bestimmen wie Schwarzmalerei und Pessimismus.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

wenn ich mich nun dem Haushalts- und Finanzplan genauer zuwende, möchte ich zunächst einen ganz herzlichen Dank aussprechen. Er gilt unserem Kämmerer Wolfgang Krippel, der – wie auch in den vergangenen Jahren – mit großem Engagement diesen Haushaltsentwurf vorbereitet hat. Vielen Dank auch an die Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung, vorweg unserem Geschäftsstellenleiter Andreas Kirchner, für das Ermitteln der Haushaltsansätze sowie die konstruktive Zusammenarbeit. Und nicht zuletzt möchte ich mich bei den Fraktionen, insbesondere den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses, bedanken für das Verständnis und die gute Zusammenarbeit, wenn es darum ging, an einigen Stellschrauben zu drehen, um heute einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Mit Blick auf den Haushalt 2024 stelle ich fest: Auch in Krisenzeiten gelingt es uns wiederum, ein Zahlenwerk vorzulegen, das von unserer Gestaltungskraft zeugt. Wir gewährleisten die Daseinsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dies

reicht von der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie Angeboten für Familien und ältere Menschen bis hin zur Finanzierung des Feuerwehrwesens. Wir haben die großen Umbrüche im Blick: Klimawandel, Artensterben, demografischer Wandel. Wir stellen uns den Zukunftsaufgaben: Bildung, Digitalisierung, Schaffung von Wohnraum.

Die Haushaltsberatungen 2024 haben allerdings auch deutlich gemacht, dass es zunehmend schwieriger wird, handlungsfähig zu bleiben. Bei einer noch guten Einnahmesituation, steigt der Bereich der Ausgaben stark an. Ich möchte Ihnen daher an dieser Stelle aufzeigen, welches die bedeutendsten finanziellen Herausforderungen der Stadt Ebermannstadt sind, bevor ich auf einzelne Aspekte des Haushaltsplans eingehe.

1. Immense Investitionen im Vermögenshaushalt

Die Haushalte der kommenden Jahre sind geprägt durch sehr hohe Investitionen. An dieser Stelle nenne ich beispielhaft die Sanierung des Sportzentrums Ebermannstadt, der Schulstraße und der Hauptstraße, den Neubau des Sägmühlstegs, zahlreiche Maßnahmen im Bereich unserer Abwassereinrichtung, und einen weitreichenden Breitbandausbau, der nahezu das ganze Stadtgebiet betrifft. Die Investitionen machen über die nächsten 4 Jahre rd. 33 Mio. Euro aus.

Für weitere dringend notwendige Maßnahmen konnten noch gar keine Haushaltsansätze beziffert werden, weil die Grundlagen dafür fehlen. Beispiel: Kinderhaus Wiesentgarten – Übernahmeregelung der ungedeckten Kosten. Dazu kommen Unwägbarkeiten insbesondere bei den Ansatzhöhen von Förderquotenhöhen und Baukosten.

2. Steigende kommunale Umlagen im Verwaltungshaushalt

Verbandsgemeindeumlage, Schulverbandsumlage, Kreisumlage wachsen stetig an. In diesem Jahr ist gar eine Mehrung bei der Kreisumlage in Höhe von rd. 660.000,- Euro zu verzeichnen. Die Hebesatzerhöhung um 2,5% auf 44% schlägt deutlich zu Buche. Auch sind Investitionen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder *im Grundschulalter* noch nicht in der Schulverbandsumlage enthalten.

Mit Sorge verfolgen wir die künftige Entwicklung der Kreisumlage. Nicht nur steigende Sozialausgaben werden sich in den nächsten Jahren als zusätzliche Belastung erweisen. Auch der Ausgleich der Defizite unserer Kliniken in Ebermannstadt und Forchheim stellt eine große Herausforderung dar. Auf

Grund der politischen Rahmenbedingungen und Vorgaben können Krankenhäuser die Lücke der massiv gestiegenen Ausgaben durch die staatlich vorgegebenen Einnahmen nicht mehr schließen. Greift der Bund den Kliniken nicht unter die Arme, wird dem Landkreis nichts anderes übrigbleiben, als mit der Kreisumlage die gemeindlichen Haushalte zu belasten. Die regionale Gesundheitsversorgung wird über die städtischen Haushalte am Leben erhalten. Hierin sehe ich eine dramatische Fehlentwicklung. Wir Kommunen werden unfreiwillig zu Ausfallbürgen.

3. Instandhaltung und Bewirtschaftung der kommunalen Infrastruktur

Neben den dringend notwendigen Investitionen im Vermögenshaushalt wächst auch der Bedarf an Unterhaltsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt, gerade bei der in die Jahre gekommenen Infrastruktur stetig an. *Straßen, Wege* und *Brücken* rufen nach Sanierungsmaßnahmen. Je länger nicht investiert werden kann, umso höher sind die Folgekosten. Es ist eine unerlässliche Aufgabe, die für Ebermannstadt als Flächengemeinde und Inselstadt eine große Herausforderung darstellt. Ohne eine bessere strukturelle Finanzausstattung der Kommunen ist das kaum stemmbar.

4. Wachsende Aufgaben der Kommunen

Klimaschutz, Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter und Digitalisierung sind nur einige Beispiele für die stetig wachsenden Aufgaben der Kommunen. Die aktuelle Forderung der Gemeinden an den Bund, dass die kommunale Wärmeplanung vollständig als staatliche Aufgabe finanziert wird, macht deutlich, dass die Einhaltung des Konnexitätsprinzips „*Wer bestellt, bezahlt*“ für die kommunale Finanzkraft unerlässlich ist.

5. Massiver Anstieg der Ausgaben um mehr als 10%

Die Ausgaben steigen weiter steil an: Personalausgaben +7%, Verwaltungs- und Betriebsaufwand +11%. Enorme Kostensteigerungen im Baubereich +14% und hohe Energiepreise belasten den Haushalt.

6. Erschwerte Planbarkeit

Personalmangel und krankheitsbedingte Ausfälle auf allen Behördenebenen, in Ingenieurbüros und bei Projektanten, Lieferschwierigkeiten, ausgelastete Firmen, bürokratische Auflagen verzögern die Durchführung von Maßnahmen. Dies führt nicht nur zu Unmut in der Bevölkerung - Viele fragen: „*Geht überhaupt noch etwas weiter?*“ – sondern gerade im Baubereich auch zu erheblichen Mehrkosten.

Damit verbunden wächst der Druck auf die Verwaltung bei der Umsetzung von zeitlich befristeten geförderten Projekten. Beispiel: Die Uhr tickt bei den Maßnahmen im Abwasserbereich. Wollen wir, dass die Förderung der RZWas (3,68 Mio. €) unseren Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt, müssen wir die dringend gebotenen Maßnahmen bis 2026 abschließen.

7. Generelle Unwägbarkeiten

Die Unsicherheiten in den Kämmereien sind groß. Wie sich die weltpolitische Lage entwickeln wird, weiß keiner. Die Wirtschaft ist in einer schwierigen Lage. Als einzige der großen Volkswirtschaften befindet sich Deutschland in der Rezession. Auch die Auswirkungen des „Wachstumschancengesetzes“ auf die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen werden mit Skepsis verfolgt. Sonderförderprogramme laufen bereits aus.

In dieser Situation stellt sich unser Haushalt 2024 in seinen Kern- und Eckpunkten wie folgt dar:

- Der Haushalt 2024 ist klar und transparent aufgestellt. Er ist ausgeglichen. Es gibt keinen Soll-Fehl Betrag. Zum Haushaltsausgleich 2024 wird ein Darlehen in Höhe von 1.45 Mio. Euro notwendig, das als Übertrag aus dem Jahr 2021 von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist.
- Das Gesamtvolumen steigt gegenüber dem Vorjahr um 6,2% erneut auf Rekordniveau in Höhe von rd. 28,09 Mio. Euro.
- Mit einem Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt in Höhe von rd. 272.000,- Euro kann die Mindestzuführung von 780.000,- Euro für die ordentlichen Tilgungsleitungen nicht erwirtschaftet werden. Die fehlende Deckung in Höhe von 507.750,- Euro wird gemäß KommHV über die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage finanziert. Damit steht im Jahr 2024 keine freie Finanzspanne zur Verfügung!

Vor diesem Hintergrund sieht der Haushalt Investitionen in Höhe von rd. 33 Mio. Euro in den nächsten 4 Jahren vor, davon 6,37 Mio. Euro im Jahr 2024, 14,86 Mio. Euro in 2025, 6,73 Mio. Euro in 2026 und 4,93 Mio. Euro in 2027.

Woher kommen die Gelder für diese Ausgaben?

Realsteueraufkommen: Das erwartete Einkommenssteueraufkommen beträgt nach der Einschätzung des Landesamts für Statistik rd. 5,12 Mio. Euro. Der Ansatz für die Gewerbesteuer liegt auf Grund aktuell veranschlagter Vorauszahlungen und Festsetzungen bei 3,7 Mio. Euro. Bei der Grundsteuer A und B wird mit Einnahmen in Höhe von 1,03 Mio. Euro gerechnet. Für die Grundsteuer des Jahres

2025 müssen wir unsere Hebesätze neu festlegen. Da die Übermittlung der neuen Messbeträge vom Finanzamt Forchheim noch nicht erfolgt ist, können wir von Seiten der Verwaltung derzeit noch keine Einschätzung abgeben.

Gebühren- und Beiträge sind eine wichtige Einnahmequelle. Mit der Schließung des BMI-Milchwerkes ist die Abwassermenge zurückgegangen. Die Kosten für die Entwässerung sind jedoch nicht im gleichen Maße gesunken. Zum 01.01.2024 musste nun die Entwässerungsgebühr von bisher 2,82 €/cbm auf 3,38 €/cbm erhöht werden. Erstmals wurde eine Grundgebühr von jährlich 60,- € veranschlagt, um die verbrauchsunabhängigen Kosten zu decken. Aus der Sonderrücklage „Entwässerung“ werden rd. 424.000,- Euro entnommen um investive Maßnahmen anteilig zu finanzieren. Der im Jahr 2023 beschlossene aber noch nicht erhobene Verbesserungsbeitrag in Höhe von 1,83 Mio. € soll nun 2024 vereinnahmt werden. Er trägt neben erwarteten Fördermitteln der RZWas in Höhe von rd. 3,68 Mio. € maßgeblich zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen bei.

Darlehensaufnahme: Zum Haushaltsausgleich 2024 ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von 1,45 Mio. Euro notwendig. Durch eine Gesetzesänderung können wir eine freie Kreditermächtigung aus dem Jahr 2021 aktivieren, so dass die Haushaltssatzung 2024 genehmigungsfrei bleibt.

Nach Abzug der Tilgungsleistung beträgt der Schuldenstand zum 31.12.2024 rd. 6,26 Mio. €. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 893,73 €. (Ende 2023: 5,59 Mio. Euro, 798,97 €).

Allgemeine Rücklage: Nach der vorläufigen Jahresrechnung 2023 verfügt die Stadt über eine allgemeine Rücklage von ca. 2,1 Mio. Euro. Durch eine stattliche Entnahme in Höhe von rd. 1,85 Mio. € können die geplanten Investitionen in den Haushaltsjahren 2025 und 2026 ohne Darlehensaufnahme finanziert werden. Dies bedeutet allerdings auch, dass zum Ende des Finanzplanzeitraumes 2027 die allgemeine Rücklage auf rd. 430.000 € sinken wird, mit anderen Worten: Wir leben von unserer Substanz.

Zuwendungen: Mehr denn je sind wir angewiesen auf Förderungen. Beispiele: Für die Sanierung unseres Sportzentrums müssen rd. 4,48 Mio. investiert werden. Dafür sind Fördermittel in Höhe von rd. 2,93 Mio. € zugesagt. Der Breitbandausbau im Stadtgebiet wird rd. 5,1 Mio. € verschlingen, undenkbar ohne die Förderung in Höhe von rd. 4,59 Mio. €. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich unermüdlich durch den „Förderdschunzel“ kämpfen, gilt ein ausdrückliches Dankeschön. Die Arbeiten am Sportzentrum sollen im Herbst beginnen. Wir rechnen mit einer Fertigstellung im Frühjahr 2026.

Trotz der großen Herausforderungen die vor uns liegen, verlassen wir nicht den Weg der Konsolidierung. Daran weiterzuarbeiten, wird große Anstrengungen erfordern.

Lassen Sie mich noch exemplarisch auf haushaltsrelevante Projekte eingehen, die für die Entwicklung unseres liebenswerten Ebermannstadt von Bedeutung sind.

Themenbereich: Daseinsvorsorge

Brand- und Katastrophenschutz: Eine gut ausgerüstete **Feuerwehr** aufzustellen und zu unterhalten, gehört zu unseren kommunalen Pflichtaufgaben. Im März wurde die Ausstattung der FFW Ebermannstadt mit einem Mehrzweckfahrzeug (110.000,- Euro) verstärkt. Die Anschaffungen der Fahrzeuge für unsere Wehren in Rüssenbach (100.000,- Euro) und Gasseldorf (150.000,- Euro) erfolgen im Jahr 2027. In Gasseldorf soll im Vorfeld die notwendige Unterstellhalle (300.000,- Euro) geschaffen werden. Die Arbeiten am Löschwasserteich in Moggast wurden bereits vergeben (95.000,- Euro).

Der **Katastrophenschutz** gewinnt an Bedeutung. Für die potenziellen Gefahren eines Blackouts, einer neuen Pandemie oder extremen Hochwassers, sollten wir gerüstet sein. Dabei ist die rechtzeitige Warnung der Bevölkerung vor unmittelbaren Gefahren essenziell. Die Umrüstung der Sirenensteuerungen (42.100,- Euro) ermöglicht unterschiedliche Warntöne. Ein Notstromaggregat (75.000,- Euro), soll das Gebäude der FFW Ebermannstadt und des Bauhofs versorgen. Wichtige Schritte Richtung Handlungsfähigkeit werden getan.

Themenbereich: Infrastruktur

Als „Fass ohne Boden“ erweisen sich **Brücken-, Straßenbaumaßnahmen und die Sanierung unserer Abwassereinrichtung**. Es gilt, Schritt für Schritt Mängel zu beheben. Wir dürfen uns aber auch an Erfolgen freuen.

Brückenbau: Der Interdisziplinäre Realisierungswettbewerb zur Erneuerung des Sägmühlstegs war ein großer Erfolg. Der Sieger konnte mit einem innovativen und wirtschaftlichen Entwurf punkten. Im Herbst 2025 soll das Ingenieurbauwerk (Gesamtkosten: 1,5 Mio. Euro, Förderung: 900.000,- Mio. Euro) die von vielen vermisste Rad- und Wegeverbindung über die Wiesent wiederherstellen. 220.000,- Euro sind in den nächsten 4 Jahren für den Unterhalt von 18 Brückenbauwerken im Stadtgebiet eingestellt. Auch die objektbezogene Schadensanalyse Nepomukbrücke am „Oberen Tor“ zeigte umfangreichen Handlungsbedarf. Über die finanziellen Auswirkungen auf zukünftige Haushalte kann noch keine Aussage getroffen werden.

Umfangreiche Straßen- und Wegemaßnahmen sind im Haushalt veranschlagt.
Einige Beispiele:

- Sanierung „Untere Hauptstraße“, Ausführung 2024 (500.000,- €)
- Sanierung Fußweg Breitenbach + Geländer, 3. Bauabschnitt, Planung 2024, Ausführung 2025 (625.000,- Euro)
- Erschließung Baugebiet Debert II, Planung 2024, Ausführung 2024/2025 (890.000,- Euro)
- Dorferneuerung Rüssenbach, westl. Hauptstraße, Hirtengasse, Ausführung durch ALE 2026, 2027 (750.000,- Euro Anteil Stadt)
- Sanierung Straßen Wohlmuthshüll, Planung 2024, Ausführung 2027 (1,75 Mio. Euro)
- Sanierung Schulstraße, Planung 2025/2026, Ausführung 2027 (1 Mio. Euro)
- Parkplatz Kohlfurt, Planung 2026, Ausführung 2027 (300.000,- Euro)

Angesichts der hier aufgerufenen Summen ist es verständlich, dass der Einzelplan 6 im Bereich Verkehr dem Finanzausschuss die größten Kopfschmerzen bereitete. Es war klar, dass nicht alle wünschenswerten Maßnahmen durchgeführt werden können, wenn das Ziel, ein ausgeglichener Haushalt, erreicht werden sollte. Ebenso klar war, dass eine erneute Verschiebung von Straßenerneuerungsarbeiten die Geduld der Bürgerinnen und Bürger aus unseren Ortsteilen erheblich strapazieren würde. Immerhin wird beispielsweise die Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Rüssenbach- Neuses schon an die 20 Jahre verhandelt, ohne dass sich etwas bewegt hätte. Dass die Bürgerinnen und Bürger dies als Zumutung empfinden, liegt auf der Hand. Gleichwohl hat die Mehrheit des Haupt- und Finanzausschusses empfohlen, die Maßnahme erneut zurückzustellen zugunsten der Erneuerung beispielsweise der Schulstraße und der Hauptstraße – Maßnahmen, die zweifellos der Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger zugutekommen, allen, die hier zur Schule gehen, die einkaufen, zum Arzt oder ins Gasthaus gehen, oder hier als Urlauber Erholung suchen. Ebermannstadt soll und will, im Interesse aller, seiner Rolle als Mittelzentrum gerecht werden, das sollte in diesem Zusammenhang auch bedacht werden. Unterm Strich bleibt uns die Hoffnung – und auch die Forderung! - dass der Gesetzgeber künftig ausreichend Mittel bereitstellt, damit die Kommunen die Sanierung der Verkehrswege stemmen können. Ebermannstadt steht mit seinen Problemen keineswegs allein da!

Abwasseranlagen:

Ein besonderes Augenmerk bleibt auf unsere **Abwasseranlage** gerichtet. Bis zum Jahr 2027 wollen wir Investitionen von 9,98 Mio. Euro tätigen. Die Kosten der **Kanalsanierungen** (Niedermirsberg 1,3 Mio. Euro, Wohlmuthshüll 2,25 Mio. Euro,

Burggailenreuth 1,85 Mio. Euro, Rüssenbach 350.000,- Euro) belaufen sich voraussichtlich auf rd. 5,75 Mio. Euro, mit den **technischen Maßnahmen auf der Kläranlage** kommen weitere 4,23 Mio. Euro dazu. Erfreulich ist: Bis zur Sommerpause wird die Klärschlamm-trocknungsanlage (1,29 Mio. Euro) in Betrieb gehen. Auch bei der Inbetriebnahme des Pumpwerks Burggailenreuth (1,85 Mio. Euro) scheinen die Kinderkrankheiten ausgestanden zu sein.

Ähnlich wie im Straßenbereich gibt es leider auch bei der in die Jahre gekommenen Infrastruktur Kanal kaum „*Licht am Ende des Tunnels*“. In einer der nächsten Sitzungen werden wir Ihnen die Ergebnisse der Kanalbefahrung Gasseldorf vorstellen. Nach Aussage des auswertenden Büros werden wir auch hier von dringendem Handlungsbedarf hören.

Themenbereich Zukunftsaufgaben

Digitalisierung: Drei, wie ich finde, noch zu wenig gewürdigte Maßnahmen stehen im **Bereich der Digitalisierung** an. Nach ihrem Abschluss im Jahr 2026 werden nahezu alle Haushalte und Gewerbetreibende im Stadtgebiet über einen Glasfaseranschluss verfügen können, wenn sie ihn denn wünschen.

- Das Telekommunikationsunternehmen GlasfaserPlus wird im eigenwirtschaftlichen Ausbau 1.600 Haushalte in Ebermannstadt mit „Glasfaser ins Haus“ versorgen.
- Mit Fördermitteln aus der Bayerischen Gigabitrichtlinie in Höhe von rd. 4,59 Mio. Euro werden weitere 882 Anschlüsse gerade auch in zahlreichen Ortsteilen entstehen. Der Provider bringt 735.000 Euro mit, der Eigenanteil der Stadt liegt bei 510.000,- Euro.
- Weitere Fördermittel aus der Gigabitrichtlinie des Bundes in Höhe von 1,33 Mio. Euro, ergänzt durch Zuschüsse des Landes in Höhe von 1,07 Mio. Euro und einem Eigenanteil der Stadt (266.000,- Euro) ermöglichen den Ausbau von zusätzlichen 296 Adressen.

Für diesen zukunftsweisenden Erfolg ist insbesondere auch unserem Breitbandpaten, Geschäftsstellenleiter Andreas Kirchner, zu danken.

Bildung und Kinderbetreuung: Die Kinderkrippe Zwergenland hat die Interimsgruppe beim Krankenhaus zum Ende des Kindergartenjahres aufgekündigt. Das bedeutet erhöhten Druck in diesem Bereich. Umso erfreulicher ist es, dass der Bau des Kinderhauses im GenerationenQuartier Wiesentgarten im Herbst beginnen könnte. Ein Investitionszuschuss ist mit 750.000,- Euro für dieses Jahr eingeplant; er ist die Voraussetzung für eine Förderung des Baus, die wir an den Investor durchreichen. Einen Vorschlag zur Übernahme der ungedeckten Kosten wird dem Stadtrat in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Herausforderungen durch aktuelle Krisen und große Umbrüche

Die Ereignisse um den Krieg in der Ukraine, die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf unsere Energieversorgung und Energiesicherheit sowie auch die in den letzten Jahren deutlich spürbaren Auswirkungen des Klimawandels erfordern unser Handeln. Ein solidarisch-ökologischer Wandel im Energiesektor ist notwendig, um unsere natürlichen und auch wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür, hat der Bund geschaffen. Die tatsächliche Umsetzung muss vor Ort geschehen, in der Zusammenarbeit von regionalen und kommunalen Gremien.

Windenergie

Der Stadtrat hat letztes Jahr einstimmig beschlossen, sich aktiv am **Ausbau der Windenergie** zu beteiligen, auch um die Wertschöpfung vor Ort zu halten und der Bürgerschaft und regionalen Partnern eine größtmögliche Beteiligung zu ermöglichen. Der Regionale Planungsverband Oberfranken-West hat im Februar einem Windvorranggebiet „Lange Meile Süd“ zugestimmt. Dementsprechend sind Planungsmittel in Höhe von 350.000,- Euro in den Haushaltsentwurf eingestellt.

In der Bevölkerung ist die Zustimmung nicht so einhellig wie im Stadtrat, das soll hier nicht verschwiegen werden. Die Erfahrungen beim Bau der PV-Anlage Poxstall, insbesondere bei der Wiederherstellung der Wege, haben bei so manchen Bürgerinnen und Bürgern ein gewisses Misstrauen gegenüber derlei Großprojekten hervorgerufen. Es werden irreversible Eingriffe in das Landschaftsbild befürchtet. Die vorgelegten Musterverträge zur Verpachtung von Grundstücken werden kritisch hinterfragt. Manche haben Angst vor möglichen gesundheitlichen Folgen. Verlangt wird Information, die auch Skeptiker zu Wort kommen lässt. Die Stadt kommt dem durch zwei Informationsveranstaltungen nach. Sie sind im Mitteilungsblatt angekündigt, und ich lade nochmals herzlich dazu ein.

Was ich eingangs gesagt habe, möchte ich in diesem Zusammenhang noch einmal betonen: Ein möglichst breiter Konsens muss unser erstes Ziel sein, wenn es darum geht, eine so wichtige Aufgabe wie die Sicherung der Energieversorgung für die Allgemeinheit zu erfüllen. Dazu gehört Information, aber auch die Bereitschaft zuzuhören, Informationen zur Kenntnis zu nehmen und gegebenenfalls vorhandene Auffassungen zu korrigieren. Ich bin überzeugt, dass das in unserer Stadt und ihren Ortsteilen möglich ist und auch stattfinden wird.

Unabhängig vom Thema Information muss uns aber auch eines klar sein: Die Gesetzgebung hat der Windenergie eine hohe Priorität eingeräumt. Wer immer sich zu einer Planung im Vorranggebiet entschließt, wird auch bauen dürfen, vorausgesetzt, die rechtlichen Vorgaben werden erfüllt. Den Menschen in unseren Ortsteilen muss ich nicht erklären, was „Privilegierung“ hier bedeutet.

Von Anfang an war es Auffassung des Stadtrats, dass man unter diesen Bedingungen lieber selbst im Sinne der Bürgerinnen und Bürger aktiv wird, als dass man großen Investoren die Bühne – und auch die Gewinne – überlässt. Dass Einnahmen in unserer Haushaltssituation höchst willkommen sind, liegt auf der Hand. In diesem Sinne sollen die weiteren Planungsschritte verlaufen, und in diesem Sinn werden im Haushalt Gelder bereitgestellt.

Sehr verehrte Damen und Herrn,

die Kommunen bedrängen seit langem den Bund und die Länder, eine nachhaltige Finanzierungsstrategie für kommunale Investitionen zu erstellen. Dieser Ruf wird immer lauter, und ich kann mich ihm nur anschließen. Es geht darum, uns handlungsfähig zu machen und uns zu stärken. **Denn ohne Kommunen ist kein Staat zu machen.**

Gegenwärtig bleiben uns zwei Möglichkeiten: Ausgaben reduzieren – Einnahmen generieren.

Sucht man nach **Einsparungsmöglichkeiten**, so wird man sich zuerst die Liste der freiwilligen Leistungen vornehmen. Auf den ersten Blick ist diese Liste in Ebermannstadt verhältnismäßig lang. Sie enthält eben die vielfältigen freiwilligen Leistungen, die unser Städtchen so lebenswert machen. Das sind beispielsweise Kosten für Bücherei, Museum, das ist unsere facettenreiche Kulturarbeit, Unterstützung des Ehrenamtes oder unser liebgewonnener Weihnachtsmarkt. Blickt man genauer hin, so merkt man, dass Streichungen in diesem Bereich nur relativ geringe Einsparungen erzeugen. Anders als im Straßenbau geht es ja hier nicht um Hunderttausende Euro. Und vielfach würden langjährige Projekte gekippt, die in dieser Form nicht so leicht wieder zu beleben wären.

Stellt man sich die Frage nach **Mehreinnahmen**, so wird man sich immer mit Steuererträgen der Gemeinde beschäftigen müssen. Hier können wir nur auf fortgesetzte hohe Erträge hoffen. Beiträge und Gebühren belasten den Geldbeutel unserer Bürgerinnen und Bürger. Nicht zu vergessen sind mittel- und langfristige Einnahmemöglichkeiten beispielsweise durch den Ausbau regenerativer Energien. Die Freiflächenanlage in Eschlipp beispielsweise, mit

einem Einnahmeüberschuss von rd. 400.000,- Euro jährlich, deckt maßgeblich das Defizit unseres Erlebnisbades „EbserMare“.

Ausgaben reduzieren, Einnahmen generieren – beides kann unerwünschte Nebenwirkungen haben und stößt nicht ohne weiteres auf einhellige Zustimmung. Die entstehenden Konflikte müssen jede Stadträtin, jeder Stadtrat, gleich welcher Fraktion oder Gruppierung, aushalten. **Beidem müssen wir uns in den kommenden Beratungen widmen.**

Zum Abschluss meiner diesjährigen Haushaltsrede möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Institutionen, Betrieben und den Ehrenamtlichen für ihren unermüdlichen Einsatz für unsere Stadt und das Gemeinwohl danken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die Stadträtinnen und Stadträte und auch die Bürgerinnen und Bürger haben aufs Neue bewiesen, dass sie zusammenhalten und das Miteinander im Vordergrund steht.

Wir haben viele Aufgaben vor uns. Wir haben aber auch schon Vieles in Bewegung gebracht. Und ich möchte wiederholen: So schwierig die Lage auch ist, Schwarzmalen werden wir besser nicht. Nutzen wir vielmehr unser Potenzial und strengen wir uns weiter an. Fördern wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gewähren wir uns gegenseitig den nötigen Respekt im Umgang und in der Wahl unserer Worte, gerade wenn es Meinungsunterschiede gibt.

Packen wir die bevorstehenden Aufgaben im Jahr 2024 gemeinsam an – für die Menschen in unserer Stadt und ihren Ortsteilen. Das jedenfalls wünsche ich mir für Ebermannstadt.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Haushalt 2024!

Ebermannstadt, den 08.04.2024, Christiane Meyer, 1. Bürgermeisterin